

diagonal

BSPV
APEB

www.bspv.ch



Editorial



Die Personalverbände stellen klare Forderungen.

Michael Gerber, LEBE

Mehr Sicherheit bei der Gehaltsentwicklung

**Das Eis ist gebrochen. Alle Seiten haben erkannt:
Das Personalrecht muss erneuert werden. Die Personalverbände lancieren eine Initiative für faire Löhne.**

Von Matthias Burkhalter, Geschäftsführer BSPV

Die Löhne stagnieren. Die Arbeitsbelastung wächst. In vielen Bereichen hat es Unterbestände. Und gleichzeitig sind Entlastungspakete zur Sanierung der Kantonsfinanzen angekündigt. An einer Medienkonferenz haben die kantonalen Personalverbände nun ihre Forderungen präsentiert.

Auf den Seiten 2 und 3 stellt BSPV-Präsident Peter Bernasconi die Initiative vor. Wir wollen in sehr kurzer Zeit die erforderlichen 15 000 Unterschriften zusammen bringen. So können wir ein Zeichen setzen.

Die Strassenmeister haben es vorge-macht. In nur zwei Wochen haben sie über 800 Unterschriften gesammelt. Sie for-

dern vom Regierungsrat eine Nachbeserung der Entschädigungen für ihre Zusatzbelastungen in der Nacht und an Sonn- und Feiertagen.

Im Frühjahr finden die Hauptversammlungen unserer rund 50 Sektionen statt. Wir berichten über einige davon. Es ist beeindruckend, wie die Vorstände ihre Funktion als Bindeglied zwischen den Mitgliedern und dem Gesamtverband wahrnehmen.

Unsere Präsidentinnen und Präsidenten leisten meist ohne Entschädigung und mit viel Mut ihren Einsatz für das gesamte Kantonspersonal. Ihnen gebührt ein grosses Dankeschön.

2 Aktuelles Thema

Die Zeit ist reif für Verbesserungen

Der Zentralvorstand des BSPV gab den Auftrag: Jetzt startet der BSPV mit anderen Personalverbänden eine Volksinitiative für faire Löhne.

5 Aktuelles Thema

Die Strassenmeister reichen Petition ein

Gegen die neuen Regeln der Entschädigungen: Die Strassenmeister sammelten 800 Unterschriften für eine Petition an den Regierungsrat.

7 Interview

Anforderungen nicht im Einklang mit Gehalt

Die Polizistin Andrea Geissbühler hat 2007 den Sprung ins nationale Parlament geschafft. Ein Gespräch mit der SVP-Politikerin.

Hinweis

Initiativbogen einsenden

Alle BSPV-Mitglieder werden gebeten, den beiliegenden Initiativbogen zu unterzeichnen. Auch die Angehörigen sollen das Anliegen unterstützen. Weitere Unterschriftenbogen können von der Homepage des BSPV www.bspv.ch heruntergeladen oder auf der Geschäftsstelle des BSPV bestellt werden. Und wir Aktiven hoffen auf die Unterstützung der Rentnerinnen und Rentner.



BSPV-Präsident Peter Bernasconi zeigt dem Bären den Weg.

Staub

Auch der Regierungsrat sagt: Die Zeit ist reif für Verbesserungen

Der Zentralvorstand des BSPV gab den Auftrag, 2011 eine Aktion für die Verbesserung der Lohnsituation durchzuführen. Mit anderen Personalverbänden startet der BSPV eine Volksinitiative für faire Löhne. Von BSPV-Präsident Peter Bernasconi

Im September 2004 beschloss der Grosse Rat gegen den heftigen Widerstand der Vertreterinnen und Vertreter der Personalverbände ein neues Personalgesetz. Dieses brachte notwendige Anpassungen an die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen. Gleichzeitig wurde aber der Erfahrungsaufstieg abgeschafft. Die Personalverbände ergriffen daraufhin das Referendum. In der Volksabstimmung scheiterten sie dann nur äusserst knapp.

Lohnsystem gescheitert

Nach sechs Jahren zeigt sich deutlich, dass das Lohnsystem, das sich nur nach den immer schlechten Finanzprognosen

und nicht nach den finanziellen Möglichkeiten oder dem wirtschaftlichen Umfeld richtet, gescheitert ist. Durch den teilweise nicht gewährten Teuerungsausgleich und die ungenügenden Beförderungen sparte der Kanton im Personalbereich in den letzten Jahren 3,6 Milliarden Franken ein.

Die Sanierung der Kantonsfinanzen erfolge somit fast ausschliesslich auf dem Buckel des Personals. Wir haben diese Sanierungen mitgetragen. Sie sind im Personalbereich aber entschieden zu weit gegangen. Es reicht.

Der Rückstand der kantonalen Löhne auf die Teuerung beträgt 7,4 Prozent. Das hat dazu geführt, dass der Kanton heute

nicht mehr konkurrenzfähig ist. Der Bund, die angrenzenden Kantone und hiesige Grossbetriebe behandeln ihr Personal besser. Es droht deshalb nicht nur eine Abwanderung des gut qualifizierten Personals. Auch die Rekrutierung bei der Besetzung freier Stellen wird immer schwieriger.

Initiative lanciert

Der Regierungsrat hat dies mittlerweile auch erkannt. Dies zeigt sich im Titel meines Artikels, den ich einer Stellungnahme von Erziehungsdirektor Bernhard Pulver entlehnt habe. Da der gute Wille der Regierung alleine nicht reicht, haben wir eine Volksinitiative für faire Löhne lanciert.

Kernpunkt der Initiative ist, dass alle, die gute Arbeit leisten auch Anspruch auf eine individuelle Lohnerhöhung haben. Mit dieser Initiative haben wir einen Auftrag erfüllt: Der Zentralvorstand des BSPV forderte an seiner letzten Sitzung praktisch einstimmig, in diesem Jahr eine Aktion zur Verbesserung der Löhne durchzuführen.

Wenn es uns gelingt, die nötigen Unterschriften in kurzer Frist zusammenzutragen, werden sich der Regierungsrat und der Grosse Rat zwingend und ernsthaft mit unserem gemeinsamen Anliegen auseinandersetzen müssen. Und selbst wenn der Grosse Rat unser Anliegen nicht unterstützt, werden die Stimmberechtigten über die Initiative befinden können.

Leistungslohn ist finanzierbar

Der maximale Lohnanstieg des Kantonspersonals beträgt 60 Prozent des Grundgehalts. Das ist verglichen mit der Privatwirtschaft eine bescheidene Pers-

pektive für eine 45-jährige Arbeitszeit. Sie ist nur angemessen, wenn wenigstens eine realistische Aussicht besteht, das Endziel oder den Maximallohn zu erreichen.

Wir fordern mit unserer Initiative, dass mindestens zwei Drittel dieses Anstiegs verbindlich sind. Aber nur bei genügenden Leistungen. Unser Begehren erfüllt somit die Anforderungen eines Leistungslohnsystems. Und es ist finanzierbar, wenn dafür die sogenannten Fluktationsgewinne eingesetzt werden. Denn so steigt die Gesamtlohnsumme des kantonalen Personals nicht an.

Je mehr desto besser

Der BSPV, der Verband der bernischen Lehrpersonen Lebe, die Gewerkschaft VPOD und befreundete Personalverbände haben die Kraft, die notwendigen 15 000 Unterschriften in kurzer Zeit zu sammeln. Je mehr es sind, umso besser ist dies für unsere Forderungen.

Als BSPV-Präsident fordere ich alle Mitglieder auf: Unterschreibt die Initiative und sendet den Initiativbogen noch heute vollständig ausgefüllt zurück.

Individueller Gehaltsaufstieg

Auszug aus dem Initiativtext:

«Für den Erfahrungsanteil wird den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, deren individueller Gehaltsbestandteil weniger als 40 Prozent des Grundgehalts beträgt, jährlich eine Gehaltserhöhung von mindestens 1,5 Prozent des Grundgehalts gewährt, sofern sie die Zielvorgaben oder Leistungserwartungen erfüllt haben.»

Der Initiativbogen liegt dem «diagonal» bei. Weitere Bögen können von der BSPV-Homepage heruntergeladen werden: www.bspv.ch.

Wir wollen keine Quoten bei der Mitarbeiterbewertung

Die Löhne der Mitarbeitenden im Sektor 1 sind höher als jene im Sektor 2. Der Chef bestimmt, dass deshalb alle im Sektor 1 schlechter beurteilt werden. So die Schilderung. Das ist absolut unzulässig und falsch. Von Matthias Burkhalter

In der Februar-Ausgabe von «context», der Zeitschrift des KV Schweiz, wird das Bewertungssystem der UBS an den Pranger gestellt. 6500 Mitarbeitende wurden als ungenügend beurteilt, weil entsprechende Quoten vorgegeben wurden.

Viele Chefs haben offenbar den Weg des geringsten Widerstands gewählt und jene Mitarbeitenden schlecht qualifiziert, die kurz vor der Pensionierung stehen, erst seit Kurzem dabei sind oder ein kleines Teilzeitpensum haben. Das ist sicher kontraproduktiv. Und wer will schon sein Geld bei einer Bank anlegen, die so viele ungenügende Mitarbeitende beschäftigt?

Vorgabe des Regierungsrates

Immer wieder werden der Geschäftsstelle des BSPV ähnliche Meldungen aus

der Kantonsverwaltung zugetragen. Der Grund dazu ist die Vorgabe des Regierungsrates, der jährlich alle Dienststellen auffordert, ihre Mitarbeitenden nicht zu gut zu qualifizieren. Die Finanzdirektion setzt diese Vorgabe am konsequentesten um und hat die strengsten Qualifikationen. Hat sie aber effektiv das schlechteste Personal?

Der Kanton Bern hat die Mitarbeiterbeurteilung vom Leistungslohn-Anspruch getrennt. Die rechtlichen Grundlagen erlauben es, einer Mitarbeiterin die Qualifikation A++ zu geben und ihr gleichzeitig keinen Lohnanstieg zu gewähren. Selbst dann, wenn die Kollegin mit der Qualifikation A drei Gehaltsstufen erhält, weil sie im Gesamtkontext zu tief eingereiht ist. Lohnerhöhungen sind mit der Leistung

verknüpft, aber es besteht kein direkter Anspruch aus der Beurteilung.

Einreihung macht Qualifikation

Jede Quote bei der Mitarbeiter-Bewertung führt am Ziel vorbei. Denn es gibt Teams, in denen der schlechteste Mitarbeiter sehr gut und alle anderen hervorragend arbeiten.

Quoten würden bloss für die Beurteilungsvorgaben für die verschiedenen Gehaltsklassen Sinn machen. Denn nach wie vor gilt leider: Je höher die Stelle eingereiht ist, desto besser wird qualifiziert.

Um diese These zu widerlegen, suche ich einen Strassenmeister, der höher als A+ qualifiziert wurde und einen Generalsekretär, der bloss ein A bekam. Wir werden die Namen nicht nennen.

Unabhängige Finanz- und Vorsorgeberatung mit Sonderkonditionen für BSPV-Mitglieder

Beratungsqualität vom BSPV getestet und für gut befunden!

Oliver Grob

Kaufmann HKG,
Eidg. dipl. Finanzplanungsexperte



Markus Glauser

Eidg. dipl. Versicherungsexperte,
Eidg. dipl. Betriebsökonom HWV



Roland Kuonen

Eidg. dipl. Bankexperte,
Finanzplaner mit eidg. Fachausweis



Finanzielle Pensionsplanung, Steueroptimierung,
Vermögensplanung, Zweitmeinung zu Bank- und
Versicherungsofferten

**Alle Entscheidungsgrundlagen aus einer Hand
> Sie sparen sich viel Zeit und Ärger.**

Referenzen und weitere Informationen finden Sie hier:

www.glauserpartner.ch



Bonstettenstrasse 1, 3012 Bern, T 031 301 45 45

Hotel
Restaurant
Theatersaal
Shakira the club

National
■ ■ ■ ■ BERN



Herzlich. Genussvoll. Schweizerisch.

Hirschengraben 24, CH-3011 Bern,
Telefon +41 (0)31 381 19 88, www.nationalbern.ch



Wir storen Sie!
Zum Beispiel mit:
Sonnenstoren & Sonnensegel

Schmid-Storen AG
Industriestrasse 65 CH-3052 Zollikofen
Telefon 031 911 00 12 Fax 031 911 63 52
info@schmidstoren.ch www.schmidstoren.ch

Beratung • Verkauf
• Montage • Service • Reparaturen
von Sonnen- und Wetterschutzprodukten



Fenster
Türen
Schreinerei
Zimmerei
Parkett



P+H Parquet+Holzbau AG Bern

Weissensteinstrasse 4, Postfach, 3000 Bern 5, Tel. 031 385 28 28,
Fax 031 385 28 29, Mail: info@phbe.ch, Internet: www.phbe.ch



**60 Jahre
Rahmen Berger Bern**

Gerechtigkeitsgasse 67, 3011 Bern
Telefon 031 311 41 76, Telefax 031 312 41 72

**Individuelle Bilder- und
Spiegel-Rahmgestaltung,
nach Ihren Wünschen.
Moderne Ölbilder**



Umzüge
Privat und Geschäft

**peyer
bern**

T: 031 996 63 63
www.peyerbern.ch

Umzüge Transporte Lagerungen

diagonal

Nächster Inserateschluss für die
Ausgabe 3/11 vom 3. Juni 2011:
5. Mai 2011

Beratung + Verkauf:
Telefon 031 300 63 89, insetate@staempfli.com

Strassenmeister gelangen mit Petition an den Regierungsrat

Der Regierungsrat hat die Entschädigungen für spezielle Funktionen der Angestellten des Tiefbauamts geändert. Der Strassenmeisterverband ist damit nicht einverstanden. Er sammelte 800 Unterschriften für eine Petition an den Regierungsrat.

Mit dem Beschluss des Regierungsrates, die Entschädigungen für spezielle Aufgaben der Mitarbeitenden des Tiefbauamtes zu ändern, werden zahlreiche bewährte Regelungen durch neue ersetzt. Einige davon stellen finanzielle Verbesserungen dar. Einige aber auch Verschlechterungen.

Besonders massiv sind die Verschlechterungen bei der Zeitkompensation. Diese wurde für Nachtarbeit von 50 auf 20 Prozent gesenkt. Wohlgemerkt: Es geht hier um Zusatzleistungen, welche die Strassenmeister neben ihrem normalen Arbeitspensum erfüllen. Also zum Beispiel das Ausrücken zum Schneepflügen mitten in der Nacht.

Private zahlen mehr

Die Strassenmeister fordern ausdrücklich, dass für die Feiertags-, Samstags- und Sonntagsarbeit neben dem Fünffrankenzuschlag eine Zeitgutschrift von 20 bis 50 Prozent ausgerichtet wird. Die vom Kanton Bern beauftragten Privatunternehmen entrichten zum Teil weit höhere Zeitzuschläge.

Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Kollegen auf den Baustellen und im Winterdienst erhebliche Zeitzuschläge erhalten, die der Kanton diesen bezahlt, seinem eigenen Personal aber nicht gewährt.

Die Strassenmeister erklären sich weiterhin bereit, an Wochenenden, an Feiertagen und in der Nacht zu arbeiten. Sie erwarten aber, dass ihre Arbeitsbedingungen zumindest ansatzweise jenen der Privatwirtschaft entsprechen.

Dass der Kanton Bern für Feiertags- und Sonntagsarbeit gar keine Zeitzuschläge entrichtet und für die Nachtarbeit nur noch 20 Prozent, hält einem Vergleich mit anderen Arbeitgebern nicht Stand. Dieser Entscheidung passt nicht zu der Einsicht des Regierungsrates, wonach die kantonalen Arbeitsbedingungen nicht mehr konkurrenzfähig sind.

Dialog gefordert

Die im BSPV organisierten Strassenmeister haben die Petition im März mit über 800 Unterschriften eingereicht. Es ist davon auszugehen, dass alle Strassenmeister des Kantons dieses Begehren unterstützen.

Petition an den Regierungsrat

Auszüge aus der Petition des Kantonal-bernischen Strassenmeisterverbandes:

- Wir fordern ausdrücklich, dass für die Feiertags-, Samstags- und Sonntagsarbeit neben dem Fünffrankenzuschlag eine Zeitgutschrift von 20 bis 50 Prozent ausgerichtet wird. (...)
- Wir fordern zudem, dass die angeordnete Wochenendarbeit an Samstagen ab 06.00 Uhr beginnt und nicht erst um 12.00 Uhr. Diese Regelung stammt aus der Zeit, als am Samstagvormittag noch gearbeitet wurde und ist völlig überholt.
- Wir sind bereit, an Wochenenden zu arbeiten, erwarten aber Arbeitsbedingungen, die jenen der Privatwirtschaft entsprechen.»

Der Kantonalberner Strassenmeisterverband hofft, dass der Regierungsrat auf das berechtigte Anliegen eingeht und mit den Betroffenen einen Dialog aufnimmt.

Beispiel Energie Wasser Bern

Wie die Zuschläge an anderen Orten aussehen, zeigt das Beispiel aus dem Gesamtarbeitsvertrag für die Mitarbeitenden von Energie Wasser Bern. Für Überstunden ausserhalb der geplanten Arbeitszeit erhalten die Angestellten folgende Zuschläge: an Werk- und Samstagen 25 Prozent, an Sonn- und dienstfreien Tagen 50 Prozent, an Feiertagen 100 Prozent, während der Nacht an Wochentagen 50 Prozent und während der Nacht an Feiertagen 100 Prozent.



Übergabe der Petition.



Grotto Ticino
Pizzeria Cafiero
 am Breitenrainplatz
 3014 Bern

Saisongerecht, frisch und authentisch!

Geniessen sie unsere
 Tessiner- und Italienischen Spezialitäten

Durchgehend warme Küche von 11.30 bis 22:45 Uhr

Jeden Tag geöffnet! Telefon: 031/ 331 96 77

www.grotto-ticino.ch

diagonal

Nr. 3 erscheint am 3. Juni 2011

Inserateschluss: 5. Mai 2011

Dieses Inserat ist
farbig gleich teuer
 wie schwarz/weiss

Beratung und Verkauf:
 Tel. 031 300 63 89 oder
inserate@staempfli.com



Bucher Baugeschäft AG

Ihr Partner für Reparaturen
 Um- und Neubauten
 Kernbohrungen und Betonfräsen

Sägemattstrasse 2
 3097 Liebefeld
 Telefon 031 971 29 95
www.bucherbau.ch

Privat- und Geschäftsumzüge
 Lagerlogistik

Kehri+Oeler

CH-3001 Bern
 Telefon 031 388 81 11

www.kehrioeeler.ch



FRIWASH

Die sanfte,
 schonende
 Autowaschstrasse
 mit Textilfasern

Ey 9a, 3063 Ittigen
 Tel. 031 921 76 83

Webcam unter: www.friwash.ch



Muesmatt AG
 Fenster und Schreinerei

Alpenstrasse 40 · 3052 Zollikofen
 Telefon 031 911 80 11 · Fax 031 911 25 11
www.muesmatt.ch

Der starke
 Personalverband

BSPV



**Wir kämpfen
 für unsere
 Mitglieder!**

Und wir beraten Sie gerne:
www.bspv.ch / 031 311 11 66

BSPV – Bernischer Staatspersonalverband

Une association
 de personnel forte

APEB



**Nous luttons
 pour nos
 membres!**

Nous vous conseillons volontiers:
www.bspv.ch / 031 311 11 66

APEB – l'Association du Personnel de l'État de Berne



«Das Anforderungsprofil steht nicht im Einklang mit dem Gehalt»

Beim Kanton Bern arbeiten und im Nationalrat politisieren. Das ist doch eher selten. Die Polizistin Andrea Geissbühler hat 2007 den Sprung ins nationale Parlament geschafft. Matthias Burkhalter hat mit der SVP-Politikerin gesprochen.

Was sagte dein Arbeitgeber, als du in den Nationalrat gewählt wurdest?

Andrea Geissbühler: Ich war damals noch Stadtpolizistin. Die Kolleginnen und Kollegen gratulierten mir spontan. Für die Vorgesetzten war es unüblich, eine Nationalrätin im Korps zu haben. Aber wenn ich mich in der Öffentlichkeit pointiert zu Sachfragen äussere, mache ich das als Staatsbürgerin. Wer meint, er müsse deshalb meine Vorgesetzten anrufen, hat nicht begriffen, dass auch Kantonsangestellte ihre Meinung sagen dürfen.

Was hast du als Vizepräsidentin der parlamentarischen Gruppe Polizei und Sicherheitsfragen auf nationaler Ebene bewirkt?

Beim wichtigen Thema «Gewalt gegen Polizei» konnte ich die Abschreibung verhindern. Und ich bemühe mich für eine Klärung beim Delikt der häuslichen Gewalt. Es muss klar sein, ob es sich dabei um ein Antrags- oder ein Officialdelikt handelt. Für uns Polizisten ist es bemühend, wenn nach zeitintensiven Befragungen und Abklärungen, die Betroffenen oft ihre Anzeige zurückziehen.

«Wenn der Grosse Rat die Bestände erhöht, ist er auf dem rechten Weg»

Engagierst du dich auch in der Personalpolitik des Bundes?

Ich habe grosses Verständnis für meine Kolleginnen und Kollegen beim Bund, setze aber meine Schwerpunkte nicht bei der Personalpolitik.

Was hat dich dazu bewogen, die Polizeischule zu absolvieren?

Trotz vier Ausbildungen fand ich in meiner Berufstätigkeit nie eine Stelle, die mir finanzielle Sicherheit bot. Der Polizeiberuf ist vielseitig, jeden Tag gibt es etwas Neues anzupacken und eine feste Anstellung ist einem garantiert.

Du kamst von der Stadtpolizei zur Kantonspolizei. Was hat sich verändert?

Die Stadt war die attraktivere Arbeitgeberin. Wir verloren beim Wechsel die 40-Stundenwoche und Zulagen. Beim Kanton gibt es grössere Entwicklungsmöglichkeiten. Ich habe dem Wechsel zur Kantonspolizei positiv entgegengeschaut.

Weshalb hat die Polizei Mühe, Personal zu rekrutieren?

Der Polizeiberuf ist psychisch enorm anforderungsreich und setzt eine gute Grundbildung voraus. Dazu kommt dann die hohe Flexibilität beim Einsatz, die das Familienleben belastet und die Freizeitgestaltung erschwert. Dieses Anforderungs-

profil steht nicht im Einklang mit der Gehaltseinreihung.

Du bist dem Pferdesport verbunden. Braucht es noch Pferde bei der Polizei?

Ich freue mich, im Reiterzug mitzumachen. Bei der Parkplatzüberwachung oder der sichtbaren Präsenz haben wir guten Erfolg. Für Touristen und die Schweizer Bevölkerung sind wir eine Attraktion.

Und welchen Wunsch hast du an den Grosse Rat?

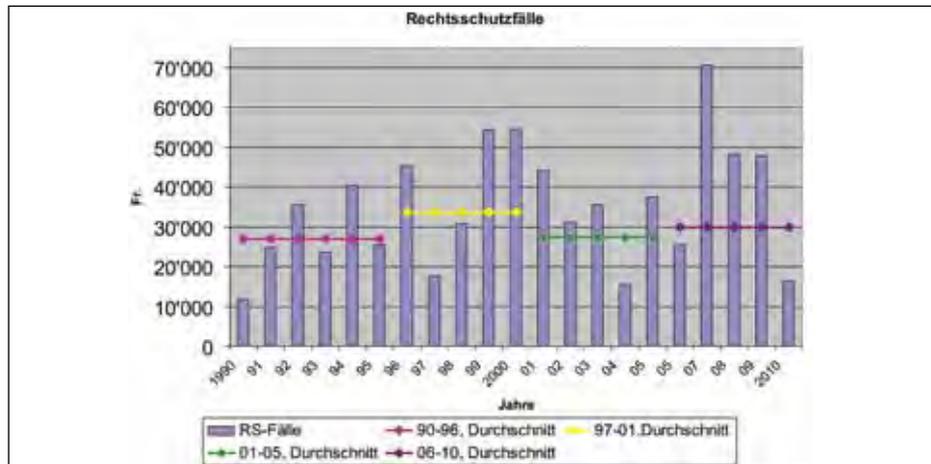
Es sollten die Grundlagen geschaffen werden, damit bei Demonstrationen mit Sachschaden eingeschritten werden kann. Nulltoleranz gegenüber Gewalttätern wäre angebracht. Die Angst vor Folgeschäden durch konsequentes Eingreifen ist aus meiner Sicht zu hoch. Und wenn der Grosse Rat die Bestände erhöht und die Gehaltsklassen anpasst, dann ist er sicher auf dem richtigen Weg.

Interview-Partnerin:

Andrea Geissbühler ist Kindergärtnerin, heilpädagogische Reitlehrerin und J+S Leiterin. Sie arbeitet seit 2006 als Polizistin, aktuell bei der Kantonspolizei. Seit 2007 ist sie Nationalrätin. Sie ist Mitglied der SVP.

Rechtsschutz: Es braucht nicht in jedem Fall einen Rechtsanwalt

Der Rechtsschutz ist eine der wichtigsten Dienstleistungen des BSPV. Wir erklären Ihnen, wie Sie richtig vorgehen. Von Matthias Burkhalter



Der BSPV übernimmt hohe Kosten für den Rechtsschutz.

Balsiger

Jedes BSPV-Mitglied kann ein Rechtsschutzgesuch einreichen, wenn es arbeits-

rechtliche Probleme hat. Die entsprechenden Vorgaben sind im Reglement der Un-

terstützungskasse festgehalten. Sie finden das Reglement auf der BSPV-Homepage.

In der letzten Zeit haben sich die Fälle gehäuft, bei denen das Mitglied einen Anwalt bestimmte, bevor es das Rechtsschutzgesuch überhaupt stellte. Ein solches Vorgehen führt dazu, dass unnötige Kosten entstehen. Nicht für jeden Fall braucht es einen Anwalt.

Und nicht alle Anwälte sind gleich teuer. Wir arbeiten mit wenigen externen Vertretern zusammen, mit denen wir ein Vertrauensverhältnis haben.

Wer den Rechtsschutz beanspruchen will, reicht rechtzeitig ein Gesuch ein oder nimmt telefonisch mit der Geschäftsstelle Kontakt auf.

Weiterbildung 2011: Seminar des BSPV zu Pensionskassen-Fragen

Das Thema Pensionskassen betrifft nicht nur die älteren, sondern alle Angestellten. Der BSPV bietet im Herbst wieder eines der sehr beliebten Tagesseminare zur Bernischen Pensionskasse (BPK) und zum Dreisäulenkonzept der sozialen Sicherheit an.

Wie funktioniert das Dreisäulenkonzept mit der AHV und IV, der Pensionskasse und der dritten Säule? Wie bin ich bei der Bernischen Pensionskasse (BPK) versichert?

Wie sicher ist meine Pensionskasse? Wie werden meine Gelder angelegt und mit welchen Leistungen können ich und meine Angehörigen in Zukunft rechnen? Was geschieht mit der Pensionskasse, wenn ich

mich scheiden lasse? Das sind Fragen, auf die wir im Seminar eingehen werden.

Andrea Frost-Hirschi, Juristin, Geschäftsleitungsmitglied BSPV und Vertreterin der Angestellten in der Verwaltungskommission der BPK informiert zusammen mit den Experten der BPK.

Das Ziel des ganztägigen Seminars ist, einen Überblick über das schweizerische Sozialversicherungssystem zu erhalten

und die eigene Situation realistisch einschätzen zu können. Wir beantworten Fragen, zeigen Lösungsmöglichkeiten auf und weisen auf Grundlagen und wichtige Informationsquellen hin.

Kursort: Restaurant Schmiedstube, Schmiedenplatz 5, Bern.

Kursgeld: Inkl. Mittagessen und Pausenverpflegungen: BSPV-Mitglieder Fr. 50.-, Nichtmitglieder Fr. 250.-, für Vorstandsmitglieder der BSPV-Sektionen gratis. Kursleitung: Andrea Frost-Hirschi.

Anmeldung BSPV-Pensionskassen-Seminar

Vorname:..... Name:.....

Adresse:.....

Mailadresse:..... BSPV-Sektion:.....

Datum: Unterschrift:.....

Einsenden bis spätestens am 5. August 2011 an: BSPV, Postfach 533, 3000 Bern 8 oder eine E-Mail an: sekretariat@bspv.ch

Seminardauer und Daten

Donnerstag, 1. September 2011. Das Seminar beginnt um 9 Uhr und endet um ca. 16 Uhr. Die Zahl der Teilnehmenden ist beschränkt. Die Anmeldungen werden gemäss Eingang berücksichtigt.

Flexible Anstellungsbedingungen sind auch für Kader attraktiv

An ihrer jährlichen Hauptversammlung organisierte die Sektion Höhere Angestellte Bern eine Podiumsdiskussion über die Arbeitsbedingungen.

Studienabgänger nehmen gerne eine Stelle beim Kanton an. Sie wollen mit ihrem Lohn gut leben können. Dazu braucht es Geld und zwar immer mehr. Oder wenigstens die Aussicht auf mehr. Dort hat der Kanton seine Schwächen.

Dies war die Haupteckdaten einer Podiumsdiskussion mit kantonalen Kaderleuten, welche die Sektion Höhere Angestellte Bern an ihrer diesjährigen Hauptversammlung organisierte.

Für Kaderleute ist nicht bloss der Lohn entscheidend. Attraktive Angebote sind die Jahresarbeitszeit und das Langzeitkonto. Flexibilität wird geschätzt, etwa die Möglichkeit zur Teilzeitarbeit in einer Leitungsfunktion.



Interessiertes Publikum. Burkhalter

Und ob eine solche für den Kanton Bern Sinn macht, muss sich zeigen.

Die Sektion Höhere Angestellte Bern ist sehr aktiv und vom Vorstand sehr gut geleitet. Sie sucht weitere Mitglieder, die mithelfen, die künftige Kaderpolitik des Kantons Bern mitzubestimmen.

(Siehe auch das Portrait auf Seite 11)

Der Wald stellt viel mehr dar als bloss eine Geldquelle

Die Sektion Förster hat den Leiter des Staatsforsts an ihre diesjährige HV in Belp eingeladen. Über 12000 Hektaren Staatswald gibt es viel zu sagen.



Versammelte Förster. Burkhalter

Die statutarischen Geschäfte der Sektion Förster gaben kaum Anlass zu Diskussionen. Mit einer gewissen Irritation wurde zur Kenntnis genommen, dass Präsident Kurt Zumbrunn seine Amtszeit trotz der

Übernahme eines Gemeindeamtes verlängern muss. Der vorgesehene Nachfolger hat seine Kandidatur auf Intervention seines Vorgesetzten zurückgezogen.

Mit über 80 Mitgliedern ist die Sektion Förster aktiv und in allen acht Waldabteilungen gut vertreten.

Die Revierförster bewirtschaften seit Jahren keinen Staatswald mehr. Ihr Interesse am kantonalen Waldbesitz ist aber nach wie vor ungebrochen.

Abteilungsleiter Roger Schmidt zeigte interessante Entwicklungen auf. Er versicherte, dass der Kanton Bern – mit 7 Prozent der Fläche der grösste Waldbesitzer im Kanton – den Staatswald gesamthaft fördert. Eine Ertragsmaximierung ist nicht das primäre Ziel.

Hinweis

«Lieber Bären», ein Leserbrief

Die folgende Zuschrift drucken wir ausnahmsweise ohne Nennung des Autors ab.

«Seit mein Hund lesen kann, schnüffelt er dauernd in meinen Dokumenten.

Die Presse feiert deine Lohnerhöhung, brummt er. Immerhin wird dir die Teuerung von 0,7 Prozent ausgeglichen und vom individuellen Gehaltsaufstieg von 1,1 Prozent wirst du wohl auch profitieren.

Nun verstehe ich nicht, fügt er mit treuherzigem Blick hinzu, weshalb mein Futternapf weniger enthält als im Vorjahr. Hast du etwa deine Zielvorgaben nicht erreicht?

Lieber Bären, seit 2005 habe ich stets und zu Recht immer die Gesamtbeurteilung A+ erhalten. Damit konnte ich in den letzten sechs Jahren vier Gehaltsstufen zulegen.

Bloss ein dummer Hund begreift eben nicht, dass ich damit immer weniger kaufen kann. Dein Salmischeibchen wird jedes Jahr dünner. Damit musst du offensichtlich leben können.»

Hinweis

Eine Woche Ferien für 100 Franken

Der BSPV sucht unter seinen Mitgliedern Zweieltern-Familien und Alleinerziehende mit Kindern, die sich aus finanziellen Gründen keine Ferien leisten können.

Das gesamte Jahreseinkommen soll nach Abzug von AHV- und Pensionskassenbeiträgen maximal 57000 Franken bei einer Zweieltern-Familie oder 47000 Franken bei einer Eineltern-Familie betragen.

Interessierte melden sich sofort auf der BSPV-Geschäftsstelle. Anmeldeabschluss ist der 30. April 2011.

Sektions-Vorstand verzichtet erneut auf einen Bonus

Die BSPV-Sektion des Psychiatricentrums Münsingen PZM, verzeichnete an ihrer Hauptversammlung mit 24 Mitgliedern einen erfreulichen Aufmarsch.



Hauptversammlung im PZM.

In der Sektion PZM nehmen zahlreiche Rentnerinnen und Rentner an der Jahresversammlung teil. Es ist ein sehr gutes Zeichen für die Sektion und den Arbeitgeber, wenn sich ehemalige Kantonsangestellte immer noch für die Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen interessieren.

Ebenso erfreulich war der Jahresgewinn, der mit Fr. 4.65 das 46fache des Vorjahresgewinns von zehn Rappen betrug. Präsident Fritz Hodler, Kassierin Barbara Aeschlimann und der restliche Vorstand verzichteten trotzdem auf einen Bonus. Neu macht Monika Hofer im Vorstand mit. Mit Dank verabschiedet wurden Cornelia Stark und Therese Eidam.

Erfreulich war die Beteiligung an einem Ausflug in den Botanischen Garten. Für das laufende Jahr steht ein Besuch der Rettungsdienste in Gesigen an. BSPV-Geschäftsführer Matthias orientierte über die Entwicklungen bei den Löhnen, der Arbeitszeit und der Pensionskasse.

Sektion HTP: Hauswarte und Ingenieure arbeiten zusammen

Die BSPV-Sektion Handwerklich Technisches Personal der Institute, Lehranstalten und Spitäler ist vor allem unter dem Kürzel HTP bekannt.

Sektions-Präsidentin Maya Burri konnte an der 71. Hauptversammlung in der Länggasse zahlreiche altgediente und erfreulicherweise auch einige neue Mitglieder begrüßen.

Hauswarte, Ingenieure und Sekretariatsmitarbeitende sassen einträchtig zusammen. Erfreulich war der hohe Frauenanteil. Die vorwiegend aus Personal der Fachhochschulen, der Universität und aus Hauswarten bestehende Sektion ist gesund und aktiv.

Seit über 70 Jahren ist sie beim BSPV. Und mit über 160 Mitgliedern ist sie eine der grössten Sektionen.

Die Verhandlungen verliefen effizient. Der Sektionsbeitrag wurde von 6 auf 16



Maya Burri und die Vertreter der BSPV.

Franken erhöht, ohne Gegenstimme. BSPV-Präsident Peter Bernasconi orientierte über den Gehaltsaufstieg und die anstehende Initiative für faire Löhne. BSPV-Geschäftsführer Matthias Burkhalter zeigte die Probleme beim geplanten Primatwechsel bei den Pensionskassen auf.

Bericht

Gewohnt markige Worte der Rentnervereinigung

Rund 60 Rentnerinnen und Rentner trafen sich in der Kaserne Bern zur Jahresversammlung und zum traditionellen Imbiss.

Nationalratskandidat Markus Meyer, Präsident des bernischen Polizeiverbandes, stiess mit seinem Vortrag zum Thema Sicherheit auf lebhaftes Interesse.

Mit sieben Vereinen populärer Sportarten in den Top-Ligen ist der Kanton Bern nationale Spitze. Dass die Sportverbände zum Teil kräftig Geld verdienen, die Sicherheitskosten aber gerne dem Kanton und den Steuerzahlenden überlassen, ist ein Ärgernis. Etwas mehr Härte im Umgang mit sogenannten Sportfans war eine Forderung eines grossen Teils unserer älteren Verbandsmitglieder. Dies zeigten einige Voten der Rentner.

Präsident Eugen Schneider leitete mit Humor und Umsicht durch die statutarischen Geschäfte. Im Vorstand wird Otto Roth durch Roland Schafer ersetzt. Einmal mehr wurde der Wunsch bekräftigt: Der Verband soll sich für den Teuerungsausgleich auf den Renten einsetzen. Eine seit Jahren berechnete Forderung.

BSPV-Geschäftsführer Matthias Burkhalter stellte eine Motion vor, die genau dies fordert und im März im Grossen Rat eingereicht wird. Die Antwort des Regierungsrates wird zeigen, was gesetzlich möglich ist, was freiwillig getan werden könnte und wo er sich aus der Verantwortung stiehlt.



Lebhaftes Interesse.

Höhere Angestellte mit neuem Schwung

Die Sektion Höhere Angestellte Bern hat einen neuen Vorstand. Unter Präsident Max F. Suter nimmt er sich dem Thema «Kaderpolitik im Kanton Bern» an.



Der Vorstand aus allen Teilen der Kantonsverwaltung.

Burkhalter

Gemäss heutiger Definition gehören alle Mitarbeitenden des Kantons ab Gehaltsklasse 19 zum Kader. Demzufolge hat es im BPSV mindestens 1500 Mitglieder, die der Sektion Höhere Angestellte Bern beitreten könnten.

Mit rund 100 Aktiven und 70 Pensionierten ist die Sektion aber gut aufgestellt. Sie nimmt gerne gezielt weitere Mitglieder auf, die es wichtig finden, dass auch die Kader im Kanton eine eigene Lobby haben. Sektionspräsident Max F. Suter hat mit einem erneuerten Vorstand eine engagierte Phase eingeleitet.

Eine umfassende Kaderpolitik

Die Sektion wird die geplanten Veränderungen im Umgang mit dem kantonalen Kader mit wachem Auge verfolgen. In den letzten Jahren war die Lohnentwicklung nur sehr bescheiden. Deshalb darf der Kanton wichtige Errungenschaften nicht ohne Gegenleistung in Frage stellen. Dazu gehören die flexiblen Arbeitszeiten und das auch von Kaderpersonen sehr geschätzte Langzeitkonto.

Zudem will die Sektion die Kaderfunktion insgesamt einer Gesamtbeurteilung unterziehen. Das heisst, dass die Arbeits-

zeit und der Lohn, die Personalentwicklung und die Weiterbildung sowie die Anerkennung und die Wertschätzung beachtet werden müssen.

Das Ziel ist eine «Win-Win-Situation» für die Angestellten und den Arbeitgeber. Leider fliessen die Informationen über geplante Änderungen seitens des Kantons nur spärlich. Das fördert den partnerschaftlichen Dialog nicht besonders.

Im Kontakt mit den Mitgliedern

Die Sektion Höhere Angestellte Bern hat einen direkten E-Mail-Kontakt mit interessierten Mitgliedern der Sektion aufgebaut. So kann sie periodisch über die eigenen Aktivitäten und Haltungen informieren und die Mitglieder mit Veranstaltungen für verschiedene Themen sensibilisieren.

Dies alles will der neue Vorstand mit leistbarem Aufwand betreiben. Das kommt oft einer Gratwanderung gleich. Auch will der Vorstand sein Handeln und Wirken periodisch überprüfen.

Max F. Suter freut sich, einen sehr motivierten Vorstand zur Seite zu haben.

Kontakt: Max F. Suter, Präsident,
max.suter@bspv.ch

Kolumne

Harsche Kritik aus einer Berner Amtsstube

«Ich finde das Bild zum heutigen BZ-Artikel in Sachen Löhne des Kantonspersonals völlig daneben. Kein Kantonsangestellter oder Lehrer fühlt sich dadurch wertgeschätzt. Das ist das, was mich an Journalisten stört: Ein Bild zeichnen, welches nicht die Realität wiedergibt.»

Journalismus ist eine Gratwanderung. Meist sind es Textinhalte, welche die Geister scheiden. Die Reaktion eines Kadernannes der bernischen Staatsverwaltung zeigt jedoch, dass Bilder ebenso polarisieren können.

Nach dem Besuch der Medienkonferenz der Personalverbände am 16. Februar stellte sich der Redaktion die Frage: Wie kann das Thema Lohn und Personal illustriert werden? Keine einfache Sache, zumal Personen auf Symbolbildern nicht erkannt werden dürfen. Die Wahl fiel auf das Bild eines geöffneten Aktenschanks.

Daraus zu schliessen, die Berner Zeitung (BZ) habe damit das Image des verstaubten Beamtentums belegen oder gar zementieren wollen, ist falsch. Wäre dies die Absicht gewesen, hätte sich eine Karikatur aufgedrängt.

Übrigens: Bei der BZ haben bei der Bildauswahl nicht die Journalisten das Sagen, sondern Fotografen und Bildredaktoren.



Von Urs Egli,
Redaktor,
Berner Zeitung

Die Meinung des Autors muss sich nicht mit jener des BSPV decken.

Rote Karte für den Kantonsrat

Das St. Galler Staatspersonal ist mit dem neuen Personalgesetz unzufrieden, das der Kantonsrat in der November-Session verabschiedete. Die Konferenz der kantonalen Personalverbände lancierte deshalb eine Petition.

Die Personalverbände verlangen, dass sie bei wichtigen Entscheiden weiterhin mitreden können. Und sie wehren sich gegen die Erhöhung des Pensionsalters von 63 auf 65 Jahre.

Personal der Anstalten ungenügend entlohnt

In der Januar-Session hat Matthias Burkhalter mit einer Motion verlangt, dass die Löhne des Personals der Anstalten und Gefängnisse überprüft werden. Der Grosse Rat überwies das Anliegen als Postulat.

In seiner Stellungnahme zeigte der Regierungsrat Verständnis: Vergleiche mit Kantonen, grossen Städten und Unternehmungen der Privatwirtschaft zeigen, dass die Löhne aller Angestellten unterdurchschnittlich sind.

Es sollen deshalb nicht nur die Löhne des Anstalts- und Gefängnispersonals überprüft werden, sondern gleich alle Einreihungen. Hoffentlich dauert dies nicht Jahre!



Einreihungen auf dem Prüfstand.

Genfer Polizisten unrasiert

Die Genfer Polizistinnen und Polizisten traten in einen Streik, weil sie von der Genfer Regierung zu den verschlechterten Arbeitsbedingungen nicht angehört wurden. Beim Streik handelte es sich um einen Bussen-, Uniform- und Rasierstreik. Dies bedeutete, dass die Polizisten in Zivil patrouillieren, nur ein Gilet wies sie als Polizisten aus.

Und sie rasierten sich nicht und entfernten ihre Ohrringe nicht mehr. Zudem verzichteten die Polizisten auf Ordnungsbussen. Fehlbare Autofahrer wurden angehalten aber nur ermahnt.

Fünfte Ferienwoche im Kanton Freiburg

Auf Anfang 2011 kommt das gesamte Personal des Kantons Freiburg nach der letzten Einführungsstufe in den Genuss der vollumfänglichen fünften Ferienwoche.

Der Kanton Bern dürfte damit der letzte Kanton der Schweiz sein, der dieses Minimalziel noch nicht umgesetzt hat.

Möglicherweise strebt der Regierungsrat das Kunststück an, die sechste Ferienwoche noch vor der fünften einzuführen. Da wäre der Kanton Bern dann für einmal an der Spitze!



Wann kommt die 5. Ferienwoche?

Unbefriedigende Entwicklung

Die kantonalen Pensionskassen gaben im Februar ihre Zahlen für 2010 bekannt. Die Bernische Lehrerversicherungskasse (BLVK) und die Bernische Pensionskasse (BPK) unterscheiden sich in einem entscheidenden Punkt: Während die BLVK ihre Währungsrisiken zu drei Viertel absichert, verzichtet die BPK darauf. Das wirkte sich wegen des Kurssturzes des Euros schlecht aus.

Deshalb erreichte die BPK nur eine Rendite von 1,23 Prozent. Das sei wenig, sagte Vizedirektor Hans-Peter Wiedmer.

Vertrauensarbeitszeit wenig gefragt

Nur gerade 14 Prozent des mittleren Bundeskaders verzichten freiwillig auf die Stempeluhr. Nach dem Motto: Vertrauen ist gut, stempeln ist besser.

Die Bundesangestellten in den Lohnklassen 24 bis 29, mit einem Lohn zwischen 140 000 und 180 000 Franken pro Jahr, können seit zwei Jahren selbst über ihr Arbeitsmodell entscheiden.

Nur 1300 von 9000 Angestellten wählten das Modell der Vertrauensarbeitszeit. Sechs von sieben mittleren Bundeskadern stehen also weiterhin bei den Stempeluhren an.



Kontrolle ist besser!

Impressum

diagonal

BSPV
APEB

Offizielles Organ des Bernischen
Staatspersonalverbandes BSPV

Organe officiel de l'Association du
personnel de l'Etat de Berne APEB

www.bspv.ch, sekretariat@bspv.ch

Redaktion

Matthias Burkhalter
Redaktionsadresse:
Postgasse 60, Pf 533
3000 Bern 8
Tel. 031 311 11 66
Fax 031 311 11 18

Übersetzung französisch

T. Wenger

Inseratenverwaltung

Stämpfli Publikationen AG
Wölflistrasse 1
Postfach 8326
3001 Bern
inserate@staempfli.com

Satz, Druck und Spedition

Stämpfli Publikationen AG
Postfach 8326
3001 Bern

La section des cadres connaît un nouvel élan

La section «Höhere Angestellte Bern» sous la présidence de Max F. Suter planche sur le thème «La politique ayant trait aux cadres dans le canton de Berne».



Le comité se compose de membres issus de tous les services de l'administration cantonale.

Burkhalter

Tous les collaborateurs du canton de Berne affectés à la classe de traitement 19 au moins font partie des cadres. Au sein de l'APEB, il y a donc 1500 membres qui pourraient être affiliés à la section «Höhere Angestellte Bern».

Avec une centaine d'actifs et 70 retraités, la section a une assise solide. Elle accueille volontiers en son sein les nouveaux membres qui jugent important que les cadres forment un lobby dans le canton de Berne. Max F. Suter, président de la section, a mis en route une nouvelle phase, de politique plus engagée, avec un comité renouvelé.

La politique ayant trait

La section entend suivre d'un œil attentif les changements envisagés en ce qui concerne les cadres cantonaux. Dans les dernières années, la progression salariale a été plutôt modeste. C'est pourquoi le canton n'entend pas mettre en cause d'importants acquis sans contrepartie. Il faut y inclure le temps de travail à horaire variable et également le crédit-temps longue durée, tant apprécié des cadres.

En outre, la section veut soumettre la fonction de cadre à une évaluation globale.

En d'autres termes, le temps de travail et le salaire, le développement personnel et le perfectionnement ainsi que la reconnaissance des compétences et l'estime sont autant de paramètres dont il faudra tenir compte.

L'objectif est de parvenir à une situation où chacun y trouve son compte, l'employé comme l'employeur. Malheureusement, les informations du côté du canton sur les changements prévus parviennent au compte-goutte.

Contact avec les membres

La section «Höhere Angestellte Bern» a mis sur pied un réseau de contact direct par e-mail avec les membres intéressés de la section. Cela lui permettra d'informer périodiquement les membres sur ses propres activités et prises de position et de les sensibiliser aux différents thèmes abordés dans les réunions.

Autant de choses que le nouveau comité veut mettre en mouvement avec toute l'énergie possible. Ce qui ressemble souvent un peu à un jeu d'équilibriste.

Contact: Max F. Suter, président
E-Mail: max.suter@bspv.ch

Note

Les cantonniers déposent une pétition

L'association cantonale des cantonniers s'est défendue contre l'introduction du nouveau régime en ce concerne l'indemnisation des heures de travail fournies pour les tâches spéciales. Elle a récolté 800 signatures pour une pétition adressée au Conseil-exécutif.

Le Conseil-exécutif a décidé d'introduire des changements pour l'indemnisation des employés de l'Office des ponts et chaussées accomplissant des tâches spéciales. Ce qui nécessite le remplacement des réglementations actuelles, qui pourtant ont fait leurs preuves, par de nouvelles.

La situation s'est particulièrement aggravée en ce qui concerne l'indemnisation des heures de travail. Les indemnités ont été abaissées, pour le travail de nuit, de 50 à 20 pour cent.

Les particuliers paient mieux

Les cantonniers exigent que, pour le travail accompli les jours fériés, le samedi et le dimanche, outre le versement d'un supplément de cinq francs, une compensation de 20 à 50 pour cent en temps soit accordée. Les entreprises privées mandatées par le canton de Berne accordent parfois des suppléments en heures bien plus élevés.

Le fait que le canton de Berne n'accorde plus de bonification de temps pour le travail accompli les jours fériés et le dimanche et ne prévoit qu'une bonification de temps de 20 pour cent pour le travail de nuit ne lui permet plus d'être compétitif par rapport aux autres employeurs.

Le dialogue est exigé

Les cantonniers, organisés au sein de l'APEB, ont déposé en mars une pétition comportant plus de 800 signatures. On part de l'hypothèse que tous les cantonniers du canton soutiendront cette revendication.



Peter Bernasconi, président de l'APEB: «ça suffit».

Staub

Initiative: Il est grand temps d'apporter des améliorations

Le Comité central de l'APEB a donné mandat d'améliorer la situation en ce qui concerne les salaires. De concert avec d'autres associations de personnel, l'APEB lance une initiative populaire pour des salaires acceptables. Par Peter Bernasconi

En septembre 2004, le Grand Conseil a décidé, en dépit d'une forte résistance des représentants des associations de personnel, d'arrêter une nouvelle loi sur le personnel. Ce texte apportait les modifications requises par les nouveaux développements de l'économie.

Cependant, en même temps, la composante expérience du traitement était supprimée. Les associations de personnel ont là dessus eu recours au référendum. Lors de la votation populaire, elles ont néanmoins échoué d'extrême justesse.

Échec du système

Au bout de six ans, il est apparu clairement qu'un système se basant unique-

ment sur les mauvaises prévisions s'agissant des finances du canton et non pas sur les possibilités financières ou sur le contexte économique ne pouvait qu'échouer.

En n'accordant pas la pleine compensation du renchérissement et en octroyant des augmentations individuelles de traitement insuffisantes, le canton a épargné, ces dernières années, 3,6 milliards de francs au détriment du personnel.

L'assainissement des finances s'est fait ainsi quasiment exclusivement sur le dos du personnel. Nous avons contribué à cet assainissement. Ils sont décidément allés trop loin en ce qui concerne le personnel.

Initiative lancée

Le Conseil-exécutif a entre temps également reconnu ce fait. Ce qui ressort du titre de l'article que j'ai tiré de la prise de position du directeur de l'instruction publique, Bernhard Pulver. Comme la bonne volonté seule du Gouvernement ne suffit pas, nous avons lancé une initiative pour des salaires acceptables.

L'idée de base de l'initiative est que tous les collaborateurs ayant fourni de bonnes performances aient droit à une augmentation individuelle de traitement. Avec cette initiative nous avons rempli un mandat: le comité central de l'APEB a exigé lors de sa dernière séance pratiquement à l'unanimité de mettre

sur pied une action visant à l'amélioration des salaires.

Si nous parvenons à réunir en peu de temps les signatures requises, le Conseil-exécutif et le Grand Conseil devront obligatoirement, avec le sérieux qui convient, examiner notre requête commune. Et même si le Grand Conseil n'appuie pas notre objectif, les électeurs auront la possibilité de voter sur l'initiative.

Il peut être financé

La progression salariale maximale pour le personnel cantonal s'élève à 60 pour cent du traitement de base. Ce qui est, comparé au secteur privé, une perspective modeste pour une période de 45 ans de travail. Elle est seulement convenable s'il existe la possibilité réaliste d'atteindre le but final ou le salaire maximal.

Avec notre initiative, nous exigeons que les deux tiers au moins de cette augmentation soient obligatoires. Mais seulement si les prestations sont suffisantes. Notre requête satisfait ainsi aux exigences d'un système de rémunération basé sur les performances.

Signez maintenant

L'APEB, l'association des enseignantes et des enseignants bernois (LEBE), le syndicat suisse des services publics et les associations proches de celui-ci ont la force de réunir en un bref laps de temps les 15'000 signatures requises. Plus celles-ci seront nombreuses, plus nos revendications auront une chance d'aboutir.

En ma qualité de président de l'APEB, je souhaite vivement que tous les membres apposent leur signature au bas de l'initia-

Extrait du texte

« La part liée à l'expérience donne droit à une majoration correspondant à une augmentation annuelle d'au moins 1,5 pour cent du traitement de base, octroyée aux agentes et aux agents dont la composante individuelle du traitement représente moins de 40 pour cent du traitement de base, pour autant que les objectifs fixés ou les attentes soient atteints. »

Le bulletin de l'initiative est joint au «diagonal». D'autres formulaires peuvent être téléchargés à partir du site de l'APEB: www.bspv.ch.

tive et renvoie, ce jour-même, le bulletin, dûment rempli.

Nous ne voulons pas de quotas pour les qualifications

Les salaires des collaborateurs dans le secteur 1 sont plus élevés que ceux des personnes travaillant dans le secteur 2. Le chef décide que tous les employés du secteur 1 soient moins bien évalués. C'est inadmissible. Par Matthias Burkhalter

Le système d'évaluation de l'UBS a été cloué au pilori. 6500 collaborateurs ont été jugés comme insuffisants dans l'accomplissement de leurs prestations parce que des quotas avaient été fixés auparavant pour ces collaborateurs.

Bon nombre de chefs ont de manière évidente choisi la voie de la facilité et attribué de mauvaises qualifications à des collaborateurs qui se trouvaient à la veille de la retraite, ou qui venaient d'être engagés ou encore qui occupaient un poste à temps partiel.

C'est certainement contraire à toute logique de rentabilité. Et qui voudrait placer son argent dans une banque qui occupe tant de collaborateurs ne remplissant pas les exigences requises?

Une consigne du Conseil-exécutif

Il arrive de plus en plus souvent que le secrétariat de l'APEB doive faire face à de telles réclamations émanant d'employés

de l'administration cantonale. Cela est dû au fait que, chaque année, le Conseil-exécutif recommande à tous les offices de ne pas attribuer de trop bonnes qualifications aux collaborateurs.

La Direction des finances applique cette consigne de la manière la plus stricte et attribue les qualifications les plus sévères. A-t-elle effectivement le personnel le plus incompetent?

Le canton de Berne a fait la distinction entre l'évaluation des prestations du collaborateur et le droit à un salaire basé sur les performances. Les bases légales permettent d'attribuer à une collaboratrice la qualification A++ et en même temps de ne pas lui accorder d'augmentation de salaire. Même si par la suite la collègue concernée dotée de la qualification A reçoit trois échelons de traitement parce qu'on juge qu'elle est trop mal classée dans le contexte général.

Les augmentations de salaire sont liées aux performances, mais il n'existe pas de droit découlant de l'évaluation. Tout quota fixé pour l'évaluation de collaborateurs manque sa cible. Car il existe des équipes dans lesquels le plus mauvais collaborateur travaille bien et tous les autres collaborateurs fournissent d'excellentes prestations.

La classe de traitement

Les quotas n'auraient de sens que pour les consignes d'évaluation appliquées aux différentes classes de traitement. Car comme toujours le principe en vigueur veut malheureusement que plus le poste est élevé, plus la personne l'occupant obtient de meilleures qualifications.

Pour contredire cette thèse, je cherche un cantonnier qui obtient une qualification supérieure à A+ et un secrétaire général qui n'a obtenu que la qualification A.

diagonal

BSPV
APEB
www.bspv.ch



13 Portrait

La section des cadres avec un nouvel élan

La section «Höhere Angestellte Bern» planche sur le thème «La politique ayant trait aux cadres dans le canton de Berne».

14 Sujet politique

Il est temps pour des améliorations

Le Comité central a donné mandat d'améliorer la situation salariale. L'APEB lance une initiative populaire pour des salaires acceptables.

Rappel

Une semaine de vacances pour 100 francs

L'APEB cherche parmi ses membres des personnes formant avec les siens une famille composée de deux parents et des personnes élevant seules leurs enfants qui, pour des raisons financières, ne peuvent pas se payer des vacances.

Le revenu annuel total ne doit pas, déduction faite des cotisations AVS et des contributions à la caisse de pension, dépasser 57 000 francs pour les familles composées de deux parents ou 47 000 francs pour les personnes élevant seules leurs enfants.

Les personnes intéressées sont priées de s'annoncer au plus vite au secrétariat de l'APEB. L'ultime délai a été fixé au 30 avril 2011.

Editorial



Matthias Burkhalter: «Donner un signal».

Michael Gerber, LEBE

Une initiative pour des salaires convenables

Tous l'ont admis: la législation sur le personnel doit être renouvelée. Les associations de personnel lancent une initiative pour des salaires convenables.

Par Matthias Burkhalter, administrateur APEB

Au cours d'une conférence, les associations cantonales de personnel ont présenté leurs revendications. Les salaires n'augmentent plus. La charge de travail, quant à elle, s'accroît. Dans bien des secteurs, on déplore un manque de personnel. En même temps, les finances cantonales doivent être assainies.

Aux pages 14 et 15, le président de l'APEB, Peter Bernasconi, présente l'initiative. Nous voulons récolter les 15 000 signatures requises en un bref laps de temps. Ainsi, nous pourrions donner un signal.

Les cantonniers ont donné l'exemple. En l'espace de deux semaines seulement, ils ont récolté plus de 800 signatures. Ils exigent que le Conseil-exécutif procède, après coup, à des améliorations en ce qui

concerne l'indemnisation des heures supplémentaires effectuées pour le travail de nuit ainsi que pour le travail accompli pendant les jours fériés et le dimanche.

Au printemps auront lieu les assemblées générales de nos quelque 50 sections. Nous relatons le déroulement de quelques-unes de ces assemblées. Il est impressionnant de voir comment les comités conçoivent leur fonction de trait d'union entre les membres et l'association centrale.

Nos présidentes et nos présidents témoignent le plus souvent à titre gracieux et avec beaucoup de courage de leur engagement pour l'ensemble du personnel cantonal. Nous voulons leur exprimer ici toute notre gratitude.